
FDP Hanau

HANAUER LIBERALE BESUCHEN JÜDISCHE GEMEINDE

29.11.2023

Zu einem Besuch der Jüdischen Gemeinde Hanau haben sich Vertreter der FDP eingefunden. Das Treffen ist eine Fortsetzung des Austausches, der zwischen den Liberalen und der Jüdischen Gemeinde seit langem besteht und nicht ausschließlich vor dem Hintergrund des aktuellen Nahostkonfliktes zu sehen ist, wie Henrik Statz, Vorsitzender der FDP-Hanau, betonte.

Mit großem Interesse nahmen die Vertreter der Liberalen zur Kenntnis, dass sich die Jüdische Gemeinde trotz Bedrohungen aktiv in das Gesellschaftsleben der Stadt Hanau einbringt. Der Tag der offenen Tür ist hierfür ein neuerlicher Beleg gewesen. Oliver Dainow, Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde, führte aus, dass man sich von Bedrohungen nicht einschüchtern lassen wolle. Auch wenn es diese in der Vergangenheit schon konkret gegeben hat. Gottesdienste in der Synagoge und größere Veranstaltungen finden unter Polizeischutz statt. Wie Holger B. Vogt anmerkte, ist es erschreckend, dass in der heutigen Zeit religiöse Veranstaltungen durch die Polizei vor Übergriffen geschützt werden müssen.

Der aktuelle Nahostkonflikt hat zu einer zusätzlichen Polarisierung und zu einer Spaltung der Gesellschaft beigetragen. Menschen jüdischen Glaubens, die in Deutschland leben, werden für den Nahostkonflikt verantwortlich gemacht. Hierbei muss laut dem Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde zwischen den Gesinnungstätern und den Mitläufern unterschieden werden. Gerade Jugendliche neigen dazu, stereotype Aussagen und Antworten zu übernehmen. Faktisch stellt sich die Situation jedoch komplexer dar. Hier setzt die jüdische Gemeinde mit Aufklärungsarbeit durch Veranstaltungen an Schulen an.

Die FDP-Vertreter und Oliver Dainow waren sich einig darüber, dass wir von einer

Normalität jüdischen Lebens in unserer Gesellschaft noch weit entfernt seien. Allerdings geht von dem Treffen auch der Appell an die Gesellschaft aus, dass der Dialog zwischen Menschen jüdischen Glaubens und anderer Religionen und Weltanschauungen fortgesetzt werden muss. Hier kommt der Politik eine besondere Aufgabe zu. Nur durch Aufklärung und das Gespräch miteinander ist es möglich, Vorurteile und Ressentiments zu überwinden.